



HAUSHALT 2025

Bezahlbares Deutschlandticket für alle statt Luxus- Dienstwagen für wenige

Haushalt 2025: bezahlbares Deutschlandticket für alle statt Luxus-Dienstwagen für wenige

Mit den Plänen zum Haushalt 2025 sollen im Rahmen der Wachstumsinitiative die steuerlichen Vorteile für Dienstwagen ausgeweitet werden. Damit würde die Bundesregierung hunderte Millionen Euro Steuereinnahmen verlieren. Das Geld kommt dabei vor allem Spitzenverdienern zugute. Kein zusätzliches Geld ist scheinbar für das Deutschlandticket vorhanden, von dem alle profitieren. Zwar gilt die Ausweitung nur für Elektrofahrzeuge, parallel bestehen jedoch weiterhin die milliardenschwere Steuervorteile für Verbrenner-Pkw. Dies belohnt gleichzeitig eine deutsche Automobilindustrie, die lange den Antriebswechsel für die breite Gesellschaft verzögert hat.

Statt weiterhin Verbrenner sowie besonders teure und schwere E-Pkw als Dienstwagen zu fördern, fordert ein breites Bündnis von Verbänden die Bundesregierung auf, den Haushalt 2025 und die Wachstumsinitiative an sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz zu orientieren. Es gibt wesentlich bessere und gerechtere Lösungen, um einerseits günstige und klimafreundliche Elektromodelle für die Breite der Gesellschaft zu fördern und gleichzeitig Haushaltsspielräume zu schaffen, mit denen die Preisstabilität beim Deutschlandticket gesichert und der öffentliche Verkehr ausgebaut werden kann.

Die Verbände schlagen folgende konkrete Maßnahmen vor:

- **Anheben der Pauschalsätze für die Versteuerung von Dienstwagen mit Verbrennungsmotor und Plug-in-Hybriden**, um die niedrigeren Sätze für batteriebetriebene Dienstwagen gerechter und im System gegenzufinanzieren.
- **Kein Ausweiten des Steuervorteils für nicht vorhandene und nur mit E-Fuels betriebene Fahrzeuge** und Beibehalten der Bemessungsgrenze von 70.000 Euro.
- **Anreize für untere Einkommensgruppen** und kleine **ressourcensparende E-Fahrzeuge** prüfen und ermöglichen, wie zum Beispiel durch Social Leasing oder eine Reform der Abschreibungsmöglichkeiten für gewerbliche Fahrzeuge, die gestaffelt nach CO₂ schrittweise die Abschreibungsmöglichkeiten für Verbrenner abbaut.
- **Bund, Finanzminister und Verkehrsminister müssen jetzt endlich die langfristige Finanzierung des Deutschlandtickets sichern**, den Preis von monatlich 49 Euro mindestens bis 2026 stabil halten und das Angebot ausbauen.

Diese Maßnahmen können schrittweise eingeführt werden. Eine Reform der Dienstwagenbesteuerung, wie von den Organisationen vorgeschlagen, würde jedoch unmittelbar die gegenwärtig einseitigen Vorteile für Spitzenverdiener verringern und damit zu mehr Steuergerechtigkeit und wirtschaftlichen Anreizen beitragen. Gleichzeitig würden sich durch Mehreinnahmen neue Haushaltsspielräume zugunsten klimaschonender Mobilität ergeben. Statt Ankündigungen zu absehbar nicht für die Straße vorhandenen E-Fuels zu machen und das Credo der Technologieoffenheit zu propagieren, sollte sich die Bundesregierung zu einer Technologie bekennen, für die sich der Markt schon lange entschieden hat.

Wie hohe Einkommensgruppen von der neuen Regelung profitieren:

Konkret ist mit der Wachstumsinitiative geplant, erneut die Preis-Obergrenze für E-Pkw bei der ohnehin schon sozial ungerechten Dienstwagenbesteuerung zu erhöhen. Bereits Anfang dieses Jahres wurde sie angehoben, ohne nennenswertes Ergebnis in den Absatzzahlen. Dabei werden schon jetzt Dienstwagennutzende mit hohem Einkommen begünstigt. Von den einkommensstärksten 10 % der Bevölkerung mit über 80.000 Euro Jahresgehalt haben ca. 60 % einen Dienstwagen, während es bei der Einkommensgruppe unter 30.000 Euro weniger als 5 % sind. Jetzt sollen auch noch Luxus-E-Autos bis zu 95.000 Euro in die besonders niedrige Besteuerung einbezogen werden. Damit würde die Bundesregierung die soziale Schieflage bei der Dienstwagenbesteuerung verschärfen.

Wie soziale Ungerechtigkeit weiter bestärkt wird:

Der Großteil der Haushalte mit unterem oder mittlerem Einkommen kauft ihren Pkw gebraucht. Günstige E-Autos sind aufgrund geringer Verfügbarkeit und hoher Anschaffungspreise bei Neuwagen derzeit für viele Menschen kaum zugänglich. Dies würde sich mit einer Erhöhung der Steuervergünstigungen für E-Autos bis zu 95.000 Euro verschlimmern, da sie einen Anreiz für den Kauf noch höherpreisiger elektrischer Dienstwagen setzt. Auf dem Gebrauchtwagenmarkt dominiert dann weiterhin im niedrigen und mittleren Segment der Verbrenner. Auch als Gebrauchte sind hochpreisige Elektrofahrzeuge gerade für Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen unbezahlbar. Sie müssen weiterhin Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor kaufen und werden durch den steigenden CO₂-Preis in Relation stärker belastet.

Warum die Preisstabilität des 49-Euro-Ticket für die Gesellschaft wichtig ist:

Das Deutschlandticket kommt schon jetzt mehr als 12 Millionen Menschen zugute und vernetzt erfolgreich Städte und Regionen. Ein Erfolgsgarant ist der attraktive Preis. Umfragen zeigen, dass bei einem höheren Preis viele das Ticket kündigen würden. Damit noch mehr Bürger*innen auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen, braucht es neben einem günstigen Ticket auch ein Sozialticket sowie eine Angebots- und Investitionsoffensive bei Bus und Bahn: für bessere Takte, moderne Fahrzeuge und zusätzliches Personal. Anderenfalls droht das erfolgreichste Verkehrsprojekt der Ampel-Regierung zu scheitern.

Mobilität betrifft alle Bürger*innen unseres Landes. Setzen auch Sie sich für eine sozialgerechte, nachhaltige und zeitgemäße Verkehrs- und Haushaltspolitik ein, die kostengünstige und klimafreundliche Mobilität für alle ermöglicht.

Folgende Verbände haben den Appell unterzeichnet:

- ACE Auto Club Europa (ACE)
- Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft (BNW)
- Deutsche Umwelthilfe (DUH)
- Forum Ökologische Marktwirtschaft (FÖS)
- Greenpeace Deutschland
- Germanwatch
- Klima-Allianz Deutschland
- Naturschutz Bund Deutschland (NABU)
- Sozialverband Deutschland (SoVD)
- TOGETHER FOR FUTURE
- Transport & Environment (T&E)
- Verkehrsclub Deutschland e.V. (VCD)

Kontakt

Klima-Allianz Deutschland e.V.

Invalidenstr. 35, 10115 Berlin

Website: klima-allianz.de

Instagram, X: @klima_allianz

Für inhaltliche Rückfragen:

Jonas Becker, Referent Klimapolitik und Mobilität

jonas.becker@klima-allianz.de

Für Presseanfragen:

Julia Riley-Dittmann, Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel.: 030/780 899 514, Mobil: 0172/298 4269

presse@klima-allianz.de

Berlin, 16. Juli 2024

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages